

Offener Brief des Münchner Friedensbündnisses zur Absage der 18. Internationalen München Friedenskonferenz

Der Trägerkreis des Münchner Friedensbündnisses bedauert die Absage der 18. Internationalen Friedenskonferenz sehr. Die Bedeutung dieser Konferenz geht weit über München hinaus.

Die wesentlichen Ziele sind:

- * Alternativen zu Krieg und Gewalt aufzuzeigen
- * Beispiele zu präsentieren, wo friedliche Konfliktlösung zu nachhaltigem Frieden geführt haben
- * Aufzuzeigen, dass Menschen gewaltfreie Lösungen finden und umsetzen

„Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.“

Internationale Gäste haben die Münchner Friedenskonferenz mit ihren Vorstellungen und Erfahrungen bereichert und gezeigt, dass Menschen überall auf der Welt FRIEDEN wollen. Damit wurde zu völkerversöhnender Friedensarbeit aktiv in unserer Stadt beigetragen.

Die Antisemitismusvorwürfe, die gegen den Landesvorsitzenden Bayern der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen erhoben werden, sind unerträglich. Thomas Rödl setzt sich seit Jahrzehnten mit großem persönlichen Einsatz für ein friedliches Zusammenleben ein. Die Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit sind ihm ein hohes Gut. Wir weisen alle Vorwürfe gegen ihn zurück. Thomas Rödl ist ein integerer Mensch. Er würde keinen Menschen wegen seiner Religion ablehnen.

Nach dem Stadtratsbeschluss vom 13.12.2017 darf in städtischen Räumen nicht mehr über die BDS-Kampagne, eine gewaltfreie Aktion vieler Gruppen aus der palästinensischen Zivilgesellschaft mit UnterstützerInnen auf der ganzen Welt, diskutiert werden. Die Veranstalter hatten die berechtigte Sorge, dass das Thema BDS (Boycott, Divestment, Sanktionen) den Abend dominiert und nicht das wichtige Thema Frieden. Die BDS Kampagne ist umstritten, da sie mit dem Kaufboykott israelischer Waren verbunden ist. Die Forderung nach Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in das ehemalige Siedlungsgebiet macht auch vielen Menschen große Angst.

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Kommunikationsverweigerung ist noch schlechter. Man spricht nicht mehr miteinander. Herr Offman spricht nicht mit den Veranstaltern der Friedenskonferenz, Herr Dr. Spänle spricht nicht mit Nirit Sommerfeld, Herr Reiter spricht nicht mit den Klägern gegen den Stadtratsbeschluss. Hier wird ein demokratischer Aushandlungsprozess verweigert.

Das ist nicht gut. Das führt unweigerlich zu gegenseitigen Beschuldigungen, zu Verletzungen und Beleidigungen. Wir nehmen eine Radikalisierung nach Links und Rechts wahr. Wollen wir das in unserer Stadt wirklich?

Menschen aus der Friedensbewegung des Antisemitismus zu bezichtigen ist so eine schwere Anklage, dass die Betroffenen tief verstört sind und sich in ihrer oft jahrzehntelangen Arbeit für den friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern diffamiert sehen. Sie werden an die Seite von Neonazis gerückt und ihr persönliches, meistens ehrenamtliches Engagement für den Frieden wird desavouiert.

Das Münchner Friedensbündnis fordert ein öffentliches Gespräch über die Bedeutung der Friedensarbeit in München und über den Stadtratsbeschluss vom 13.12.2017.